

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Öffentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und illustriertes Unterhaltungsblatt. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik u. m. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. die 30spaltige Kellamenseite 40 Pfg., Anschlaggebühren 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagegebühren: 10.— M. das Laubend, auszüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 34

Dienstag, den 19. März 1929

31. Jahrg.

## Kaupenvertilgung.

Die Besitzer und Anpflanzler von Obstbäumen, Obstgärten usw. haben Bäume und Büschel **sofort von Kaupenraupen und Blattläusen gründlich zu reinigen.**

Das gesammelte Ungeziefer und dessen Aussäen sind durch Verbrennung zu beseitigen. Unterlassung der Reinigung wird bestraft und auf Kosten der Säumigen von hier veranlaßt.

Kemberg, den 15. März 1929.

## Die Polizeiverwaltung.

### Neues in Kürze.

Der Reichstag tritt am Montag wieder zusammen, um u. a. auch über das Mißtrauensvotum gegen den Innenminister abzustimmen.

Im Haushaltsanschluß des Reichstages wurde der Notausgleich des Reiches mit der Verringerung genehmigt, daß fast eines Viertels nur ein Fünftel des Gesamtplanes in Anspruch genommen werden dürfen.

In Japan ist ein Schnellzug entgleist. Eine ungewöhnlich große Anzahl von Toten und Verletzten ist zu beklagen.

Die französische Kammer hat die Debatte über das Sozialversicherungsabkommen mit einer Vertrauensstimmung für das Kabinett geschlossen.

## Debatte über Deutschlands Not.

Die Parteien kämpfen um die Steuern.

— Berlin, 16. März.

Im Reichstag nahm bei der Fortsetzung der ersten Beratung des Haushaltsplans für 1929 und des Notausgleichs zunächst der Abgeordnete **Schäfer** (Komm.) das Wort und bezeugte die Deutungslosigkeit als den Versuch, der Arbeitslosigkeit die Verantwortung für diesen Etat aufzubürden. Man benutzte die Arbeitslosigkeit als Ausbeutungsschilde für die Trusts und Kartelle. Als der Redner die technische Notlage und „Schweineerz-Zentrale“ nennt, erhielt er einen Dröhnungssturm.

Abgeordneter Dr. **Cremer** (S. Vp.)

stimmte den Ausführungen des Ministers über die Vermögenslage des Reiches zu. Die Diagnose des Ministers habe allgemeine Zustimmung gefunden, weshalb seien nur die Meinungen über das Heilmittel für die trankte Wirtschaft. Unsere Wirtschaft befindet sich nicht nur in einer starken Depression, sondern zeige auch bereits trübselige Erscheinungen. Einheitsmäßig der sozialen Belastung befrage die Gesamtschuldung mehr als ein Drittel des Nationalinkommens. Wie Kenner der Wirtschaft seien einzig mit der Deutschen Volkspartei, die im Etat nicht neue Belastungen für die Wirtschaft bringen dürfe. Es handle sich also bei dieser Forderung nicht um das Ultimatum einer Partei an andere Parteien, sondern um das Ultimatum der deutschen Not und des Wirtschaftszusammenbruchs an die Gesamtheit aller verantwortlichen Stellen. Die Forderung müßte der Finanzminister übernehmen. Gewinne von 200 Millionen seien im Etat nicht möglich. Entsprechende Vorschläge seien den zuständigen Stellen bereits überreicht. Bei der Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden müßte verhindert werden, daß die Folge einer Erhöhung der Realsteuern sei. Es ließe sich leicht nachweisen, daß Länder und Gemeinden in diesem Maßstab auf 35 Prozent ihrer Einnahmen vom Reiches verzichten können. Angehts der steigenden Reparationslasten müssen auch Länder und Gemeinden ihre Ausgaben einschränken. Es sei eine bemerksbare Tatsache, daß das Defizit des Etats ohne steuerliche Belastung der Wirtschaft gedeckt werden könne. Auf die Dauer seien auch gewisse Einschränkungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht zu umgehen. Wir wollen es erklären, daß der Redner, durch die Stärkung des Einflusses des Finanzministers eine Sozialpolitik ermöglichen. Unsere Verfassungsentscheidungen sind nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des parlamentarischen Systems. Dann muß aber auch die Regierung von ihrem Einfluß Gebrauch machen und sich mit den maßgebenden Parteien verständigen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der jetzige Zustand ist nicht von uns geschaffen worden. Wir haben keine Koalitionsregierung, sondern wir sind aufgefordert worden, in ein Kabinett der Köpfe einzutreten. Hier (auf den Regierungssitz weisend) sitzen die Köpfe. (Seiterteil.) Die Teilnahme prominenter Parteimitglieder an der Regierung bindet die Parteien nicht an die Regierungsbekämpfung.

Abgeordneter Dr. **Reichsopf** (Dem.)

stimmte dem Minister darin zu, daß zu einem Bankrott sein Ansehen notwendig. Die genaue Arbeitslosigkeit dieser Lage ist der höchste Beweis dafür, daß sich die Erwartung der Damesadvervisierung leider nicht erfüllt hat. Die Hauptverantwortung liegt im Kapitalmangel. Der deutsche Unternehmer muß 646 000 Mark für Steuern und lokale Abgaben aufbringen, während unter gleichen Verhältnissen ein Schweizer Unternehmer nur 125 000 Mark dafür aufbringen muß. Wir leiden vor einer Reihe von Jahrzehnten und müssen uns darauf einrichten. Der Redner wies dann die Angriffe des Abgeordneten Dr. Oberliesen zurück. Er betonte, daß seine Partei mit dem

Finanzminister gewillt sei, einen wirklich ausbalancierten Etat zu schaffen. Das werde aber nicht nach dem Muster einer hohen verteilten rößlichen Profiteure gehen, in der es heiße: „Die Ministerium müssen sich auf die Selbstverwaltung der Stämme stützen.“ Durch diese Vereinfachung werden Milliarden gespart. (Große Heiterkeit.) Sparmaßnahmen führen zu höherer Arbeit, lassen sich führen. Die Deutsche Volkspartei hat daher der Sparmaßnahme einen leichten Dienst geleistet, indem sie sich der Mitarbeit an dieser Frage entzog hat. Nach den Vorschlägen meiner Partei würden sich 120 bis 150 Millionen an dem Etat abstreifen lassen. Wir müssen einen organisierten Forderung im Interesse der Steuerzahler führen. Der Finanzminister findet ein Parlament vor, das wirklich sparen will. Der Redner forderte den Minister auf, diese seltene Gelegenheit zu benutzen, um damit die Steuererlässe überflüssig zu machen.

Abgeordneter **Dreuth** (Wirtsch. P.)

erklärte, es sei jetzt zu spät für die Sparmaßnahmen der Deutschen Volkspartei. Man hätte damit anfangen sollen, als noch etwas zu sparen da war. Für einen Defizit sei die Wirtschaftspartei nicht zu haben. Die Deutungsorkan der Regierung lehnte der Redner ab. Wenn man keine gerechte Steuerpolitik treffen könne, solle man den Reichstag auflösen und das Volk befragen.

Abgeordneter Dr. **Wiegner** (Nar. Vp.)

wies darauf hin, daß der Etat zusammenzubrechen um einer Wirtschaftslage, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. Wenn schon in dieser Notzeit neue Steuern vorübergehend bewilligt werden müßten, so dürfe doch der Grundgedanke der steuerlichen Gerechtigkeit nicht verletzt werden. Vollkommen unannehmbar sei eine Erhöhung der Realsteuern. Der Redner forderte die Regierung auf, bei der Ausgabebekämpfung eine Beschäftigung mit den Parteien zu suchen.

Die zweite Redeorganisierte

eröffnete Abgeordneter **Schlange-Schönungen** (Dnt.). Die Regierung habe das S. D. S. -Geizig aufgelesen. Sie liege vor dem Jassen wie ein Panzerkreuzer mit schwerer Schlagseite, dessen Kapitän hilflos auf der Brücke steht, während die Seeleute unter bewährter Führung von Dittmann und Leni meutern und die Passagiere fluchtartig das sinkende Schiff verlassen. Wärmende Zusicherungen und Worte bei den Sozialdemokraten, Schlange-Schönungen wies ferner auf die nationalpolitische Gefahr im Osten hin, wo sich die Bevölkerung verarmt und verkauft vorfinde und eine dauernde Kriegsgefahr bestünde. Bezüglich der Fennodromprobleme meinte der Redner, man sollte an den betreffenden Geschäftsmännern die Forderungen erheben: So dankt das heutige Vaterland den einseitigen Betriern! Der Redner fragte dann den Reichstagspräsidenten, ob er nicht auch Landesverträge als die größte Gefahr betrachte.

Reichstagsminister **Müller**

ergriff sofort zur Erinnerung das Wort und erklärte, das Parlament, das sein Vordere angegriffen habe, sei im Jahre 1918 von den Sozialdemokraten gebildet worden, weil man eingesehen habe, daß das bisherige System abgewirksamkeit hatte. Er glaube nicht, daß man den englischen Maßstab „Recht oder Unrecht, es ist kein Vaterland“ auf die heutigen Verhältnisse anwenden könne. Er werde für die Interessen seines Vaterlandes eintreten, wenn es im Recht sei, habe aber auch den Mut, anders zu handeln, wenn er es für richtig fände. Der Dank des ostpreussischen Provinziallandtages beweiße, daß die jetzige Regierung mehr für Ostpreußen getan habe als je eine vorhergehende Regierung.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Dienstag, den 19. März, zu einer Sitzung einberufen worden, auf deren Tagesordnung das Genfer Protokoll wegen Verboles des Gasterges und eine Ausfrage über die Verhandlungen der letzten Ratsjungen des Völkerverbundes steht.

## Das Reich wendet sich an die Großbanken.

Gewährung von Kontokorrentkrediten zur Auffüllung der Reichskassen.

— Berlin, 16. März.

Von beteiligter Seite wird berichtet, daß seitens des Reiches mit verschiedenen Berliner Großbanken ein Abkommen getroffen wurde, daß die Gewährung von Kontokorrentkrediten an das Reich vorsteht.

Die Transaktion steht im Zusammenhang mit den bekannten Kassenschwierigkeiten des Reiches, die zu außergewöhnlichen, wenn auch wahrscheinlich profitorientierten Maßnahmen zwingen. Bei dem vereinbarten Kreditbetrag handelt es sich angeblich um die Summe von 150 Millionen Mark. Das Geschäft ist entsprechend seiner Natur kurzfristig, die Rückzahlung dürfte bereits in mehreren Wochen erfolgen. In der ersten Hälfte des Monats April liegen bekanntlich wichtige Termine für Steuerfälligkeiten, die die Kassen des Reiches auffüllen werden. Bis dahin soll der vorliegende Kontokorrentkredit der Großbanken dazu beitragen, die Kassen des Reiches zu beheben. Das Kontingent an Reichsgeldwechseln ist, wie man weiß, bereits voll in Anspruch genommen.

## Reparationsbank kommt!

Einigung über die Hauptpunkte.

— Paris, 16. März.

Die Vollziehung der Sachverständigenkonferenz, die um drei Uhr zusammengetreten war, dauerte bis gegen sechs Uhr. Die nächste Vollziehung ist auf den kommenden Montag, drei Uhr nachmittags, festgelegt. Zusammenfassend sei bemerkt, daß, abgesehen von einigen unwichtigen Punkten, der Mechanismus der zukünftigen Reparationszahlungen im wesentlichen seine Fassung gefunden hat oder aller Voraussetzungen nach am Montag finden wird. Die wichtigsten Aufgaben der Sachverständigen, die Festlegung der deutschen Jahresraten und der Zahlungsdauer, wurde dagegen immer noch nicht beendet. Die privaten Verhandlungen dauern an. Sie werden zwischen den Führern der Verhandlungen ohne Hinzuziehung der übrigen Sachverständigen fortgesetzt.

## Soll Deutschland ausgegliedert werden?

Was französische Blätter über die Reparationsentscheidung zu berichten wissen.

— Paris, 18. März.

Am Montag tritt die Sachverständigen-Konferenz wieder zusammen, um sich weiter mit der geplanten Reparationsbank zu befassen. Auf der letzten Sitzung wurde, wie verlautet, bereits in großen Zügen eine Einigung festgelegt, und man hofft, auf der morgigen Sitzung eine endgültige Klärung herbeiführen zu können.

Die Besprechungen über die Höhe der deutschen Gesamtschuld und über die Zinseszinsleistungen werden immer noch nicht offiziell, sondern in halb privaten Zusammenkünften fortgeführt. Offiziell ist über diese Unterhaltungen noch nichts bekannt geworden, doch glauben die französischen Blätter mitteilen zu können, in welcher Richtung sich die geplante Beschöpfung bewegen. Die Amortisierung dieser privilegierten Schuld solle sich auf den deutschen Zahlungen, der ohne Transferricht überwiegen werden soll, dazu dienen werden, die Wiederherstellung der französischen Finanzen zu bewirken. Dieser Teil solle mobilisiert und das Kapital den in Frage kommenden Wählern innerhalb einiger Jahre überwiegen werden. Die Amortisierung dieser privilegierten Schuld solle sich auf 37 Jahre (die Dauer der Damesverpflichtungen) erstrecken und mit den Zinsen etwa eine Jahresabgabe von 15 Milliarden Goldmark ausmachen. Auf diese Weise würde eine Art Priorität für die eigentlichen Kriegsschuldungen geschaffen. Der geschätzte Teil der deutschen Zahlungen werde dagegen für die Bezahlung der internationalen leuten Schulden dienen. Dieser Teil soll jährlich zunächst 900 Millionen und in späteren Jahren bis zu 1700 Millionen betragen, wobei die gesamten Schulden erst im Jahre 1886 völlig getilgt sein sollen.

Deshalb nicht zu vernehmen ist, daß die französischen Meldungen offiziell inspiriert sind, kann man doch feststellen, daß von deutscher Seite niemals auf einen solchen phantastischen Plan eingegangen wird. Eine solche Lösung bedeutete ja eine schwere Belastung, daß sie unmöglich getragen werden könnte.

Dr. Schaack wird am Freitag zur Teilnahme an einer Aufstufungsberatung der Reichsbank nach Berlin fahren, aber bereits am Montag nach Paris zurückkehren. Die Konferenz wird voraussichtlich ihre Arbeiten bis zur Mitte der Osterwoche fortsetzen und dann über die Feiertage eine kurze Vertagung eintreten lassen.

## Zusammentritt des Preussischen Landtages.

Bestimmungen zum Zustimmungs.

— Berlin, 18. März.

Der Preussische Landtag tritt heute, nach zwölfstündiger Pause, zu einem bis zum 23. März berechneten Tagungsabschnitt zusammen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Haushalts der Provinz Lanmanufaktur und der Preussischen Staatsbank. Außerdem soll der Rest der zweiten Beratung des Budgets ohne die Bestimmungen erledigt werden, die für Dienstag in Aussicht genommen sind.

Das Hauszinssteuerrecht verlagert.

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beendete am Sonnabend die Beratung des Gehörtenwesens über die Verlängerung der Geltungsdauer des Hauszinssteuergesetzes.

Beschlossen wurde, daß bei der Teilung großer Wohnungen die Hauszinssteuer insofern niedriger zu sein ist, wenn die Werte der durch die Teilung geschaffenen Wohnungen geringer als die Werte der früheren Wohnung ist. Der Hauptauschuss lehnte am Freitag den Gehörtenwurf zur Verlängerung der Grundbesitzsteuer mit 14 gegen 14 Stimmen ab. Es ist aber anzunehmen, daß bei der zweiten Lesung noch eine Lösung gefunden wird.

# Europa und die Auslandsdeutschen.

Eine besondere Seite des Minderheiten-Frage durch die Eigenart der dortigen Verhältnisse kamte Seite ist bei den Genfer Debatten über diese Frage durch die besondere Art der dortigen Verhältnisse überhaupt nicht zur Sprache gelangt. Wir denken hierbei an die Frage des Auslandsdeutstums in ihren großen kulturellen Zusammenhängen. Der bekannte Zentrumsabgeordnete Prälat Dr. Schreiber, Professor an der Universität Münster und Leiter der dortigen bedeutenden „Forschungsstelle für Auslandsdeutstum“, unternimmt es im „Neuen Wiener Journal“, diese besondere Form der Minderheitenfrage genauer zu beleuchten. Wir geben in folgendem den Hauptinhalt seiner Ausführungen wieder. Professor Schreiber führt aus:

„Das Problem des Auslandsdeutstums erscheint in seinem Ursprung deutsch, aber der Kern des Gesamt-complexes geht darüber hinaus, ist europäisch in seinem Wesen und seinen Wirkungen. Die Frage des Auslandsdeutstums schafft Zusammenhänge mit der Zukunft Deutschlands und Österreichs und ist letzten Endes ein Teil des großen Minderheitenproblems, untrennbar verbunden mit Zukunft und Schicksal von Millionen, die, gleich den Auslandsdeutschen, losgerissen von ihrer Heimat, sich an die Brücken zu ihrem Volke klammern. Darum sehe ich Vergangenheit und Zukunft des Auslandsdeutstums nur in dem großen, allumfassenden Rahmen der Minderheitenfrage. Ist diese aber von der politischen Seite aus zu lösen? Oder nicht vielmehr vom ethnisch-kulturellen Standpunkt aus?

Man hat sich vielfach daran gewöhnt, die reichsdeutsche Sorge um das Auslandsdeutstum als eine „Bewegung“ zu bezeichnen. Aber diese Interessennahme ist mehr als Bewegung und organisierte Sorge; denn alles, was die Volksgenossen draußen betrifft, trägt nicht bloß den Stempel der Kraftentfaltung und das Verzicht frömdere Gefühlsbewegung an sich, Welt mehr als das. Der Fragenbereich erfordert den Aufbau einer kulturellen Erkenntnistheorie. Das Auslandsdeutstum wird für das deutsche Gemeinschaftsleben zu einem Kulturproblem von höchster Bedeutung. Wogegen ist dabei eine historische, kulturphilosophische und ethnische Auseinandersetzung mit elementaren seelischen und gesellschaftlichen Grundbegriffen zu umgehen. Dahin gehören die Kulturfragen von Staat und Nation, von Volk und von Völkern, von völkischer Minderheit und fremdem Nationalstaat, von Staats- und Völkerrecht, von internationaler Humanität und schließlich von Kirche und Religion. Das Auslandsdeutstum ist der erste Versuch, eine Synthese zwischen dem Mutterland und einer Art lezten und jüngsten Kolonisation deutschen Volkes zu schaffen, die gleichzeitig andere überstaatliche Zusammenhänge berücksichtigt und harmonisiert. So wird es eine Art Kolonialprobleme, aber geistiger, kultureller und ideenschwerer als jede andere Epoche deutscher Siedlung und Ausstrahlung.

Zu einem harmonischen Zusammenleben zwischen Auslandsdeutstum und dem Staate, in dem deutsche Minoritäten leben, ist eine Dreifaltigkeit von Begriffen notwendig: das deutsche Mutterland, das Auslandsdeutstum und die fremde Staatsnation, in deren Rahmen das Auslandsdeutstum mehr oder weniger gütlich geteilt ist. Man darf diese fremde Nation nicht geistlich überleben, sie auch nicht als lediglich feindselige Macht, noch auch als quantitativ neigbar, noch als unangenehmen Ballast und als fällige Vergabe empfinden. Diese Trias harmonisch zu pflegen und zu entfalten, ist eines der großen politischen und kulturellen Probleme des neuen Europa.

Seit Versailles ist zweifellos ein beschleunigter Fortschritt hinsichtlich des Zusammenlebens der Nationen zu verzeichnen. Nachdem man die Entwicklung des Minderheitenproblems ohne Rücksicht auf zeitliche Rückschlüsse nach einer großen Linie hin, dann erlangt es erfreulich, daß die ethnisch-kulturelle Seite des Problems sich hinsichtlich in den Vordergrund geschoben hat. Es ist ein

Zug zur Entpolititierung und Verfülligung zu erkennen, politische Intensionen und nationale Härten weichen, oft recht langsam, aber schließlich doch stetig, einer höheren Erkenntnis, die sich von dem Gedanken der Humanität und des friedlichen Zusammenlebens leiten läßt. Im besonderen haben eine Reihe periodischer, internationaler Kongresse, wie der internationale Zukunftskongreß, aber auch die vier europäischen Minderheitenkongresse selbst, insbesondere auch die Konferenzen der Interparlamentarischen Union viel dazu beigetragen, den Schwerpunkt des Problems von der Politik auf die kulturell-rechtliche Seite zu versetzen. Schließlich aber hat auch die Kirche auf diese günstige Entwicklung großen Einfluß ausgeübt.

Von der europäischen Verständigung in der Minderheitenfrage erwarte ich auch politische Rückwirkungen auf das künftige Verhältnis zwischen Europa und Amerika. Das europäische Prestige geht verloren und eine Schwächung des abendländischen Kulturgedankens droht, wenn es Europa nicht gelingt, dieses Nachkriegsproblem par excellence zu lösen. Es würde sonst eine europäische Disharmonie zurückbleiben, welche die auf manchen Gebieten schon vorhandene Inferiorität gegenüber Amerika noch steigern müßte. Die amerikanische Mentalität und weltwirtschaftliche Einstellung wünscht aber nur eine Zusammenarbeit mit einem bevorzugten Europa.

Vielleicht mögen die Ausführungen Prof. Schreibers manchem zu optimistisch klingen. In der Tat haben gerade die Genfer Verhandlungen eine Einstellung zur Minderheitenfrage erkennen lassen, die weit davon entfernt ist, den deutschen Forderungen und Ansprüchen zu genügen. Aber es muß immerhin als ein wichtiges Symptom gedeutet werden, wenn diese wirtsch. und wissenschaftl. durch beide Hände alles mögliche Material in den Fragen des Auslandsdeutstums fließt, eine, wenn auch langsame und geringfügige Besserung der internationalen Mentalität auf diesem Gebiet feststellen zu können glaubt.

## Schiele über die Bauernfront.

Der Weg durch Parlament.

„Auf dem Landbundtag der Grenzmark Boien-Westpreußen hielt Reichsernährungsminister a. D. Dr. h. c. Schiele, der Präsident des Reichsländers, eine programmatische Rede, in der er sich über die Ziele des Reichslandbundes und die immer dringender werdende Notlage der deutschen Landwirtschaft äußerte. Der Redner wies u. a. darauf hin, daß die Befragung der Landwirtschaft heute 25 v. S. betrage und daß Deutschland jährlich für etwa 3 bis 4 Milliarden Mark Lebensmittel einbräue. In Kürze würden die vier Millionen der Bauernfront der Reichsregierung ein Programm überreichen, in dem sehr stark betont werden würde, daß keine Forderung der Verwirklichung der Forderungen hingehen dürfe. Namentlich sei die Bauernfront. Darum müsse es heißen: Heran an die Regierung mit aller Macht, heran das Parlament.“

## Zulassung ausländischer Landarbeiter.

Amthof wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat im Dezember v. J. die Anzahl ausländischer Landarbeiter für das Jahr 1929 auf 110 000 festgelegt, 60 000 endlich bereits vor dem 15. April 1929, weitere 40 000 nach diesem Zeitpunkt befristet werden dürfen. 10 000 endlich sollten als Reserve für besondere Notfälle dienen. Da die ungewöhnlich lange Kälte dieses Winters die Frühjahrsarbeiten der Landwirtschaft stark zusammenzögern und die sofortigen Bedarf an Arbeitskräften erheblich erhöhen wird, hat der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichspräsidenten und nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsarbeitsverwaltung die Zulassung ausländischer Landarbeiter für das Jahr 1929 auf 150 000 erhöht. Ueber die Verteilung der Zulassungsermächtigung sind die Reichsarbeitsminister mit dem Reichspräsidenten im Einvernehmen einverstanden. Gegenüber letzten Mitteilungen der Presse wird ausdrücklich betont, daß eine Erhöhung der Zulassungsermächtigung nicht bedeutet, daß eine Erhöhung der

# Not-Haushalt vom Ausfluß angenommen.

Beschränkung der Ermächtigung auf ein Fünftel.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde von der Regierung vorgelegte Not-Haushalt bis zum 30. Juni 1929 angenommen. Im Gegensatz zur Regierungsvorlage, wonach die Regierung ermächtigt werden sollte über 1/4 der Umsätze zu verfügen, beschloß der Ausschuß, diese Ermächtigung der Regierung auf 1/5 zu beschränken. Zustimmung fanden auch die Bestimmungen des Not-Haushalts über die Garantie-Ermächtigungen der Regierung.

Dr. Dörpmüller wiederernannt. Berlin, 17. März. Nach Verzichtnahme der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist Dr.-Ing. Julius Dörpmüller, dessen dreijährige Amtszeit abläuft, zum Verwaltungsrat einstimmig wieder zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ernannt worden. Der Reichspräsident hat die Ernennung bekräftigt.

Dr. Lutschig Oberpräsident der Provinz Oberschlesien. Berlin, 17. März. Wie der Amtliche Preussische Presse-Dienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner letzten Sitzung nach Verhelfung des im Artikel 88 der Preussischen Verfassung geforderten Einvernehmens mit dem Provinzialausschuß den Oberbürgermeister Dr. Lutschig in Hindenburg zum Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien ernannt.

Die Saarländer wollen in den Reichswirtschaftsrat. Saarbrücken, 17. März. Die Handelskammer hat beschlossen, im Verein mit den anderen saarländischen Organisationen an die Reichsregierung mit der Bitte heranzutreten, dem saarländischen Unternehmern eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat sicherzustellen. Auch eine Vertretung saarländischer Interessen bei der Arbeitnehmers- und Verbraucherguppe müsse in Frage kommen.

# Stürmische Debatte über die Rheinarmee

Zumutungen in der Kammer. — Vertrauensvotum für die Regierung.

Paris, 17. März. Die Kammerausprache über die Zukünfte in der Rheinarmee, die vom Freitag nachmittag bis zum Sonnabend vormittag dauerte, schloß sich mit einem Vertrauensvotum für die Regierung, das mit 314 gegen 244 Stimmen angenommen wurde.

Der Verlauf der Nachmittags- und Nachvorhandlung war äußerst erregt. Schon bei dem ersten Vertrauensvotum, dem Sozialisten Barthélemy, kam es zu Zwischenfällen. Barthélemy betonte, daß nicht allein die Grippeepidemie für das Wohlfühlen der Soldaten im Rheinland verantwortlich gemacht werden könne.

Schwerste Verantwortung trage das Oberkommando, das junge Menschen von 20 Jahren aus dem Gilden Kriegsdienst in den nordischen Winter geschickt hat.

Der Redner erklärte, er habe viele Briefe gelesen, in denen die Soldaten über schlechte Nahrung und schlechte Kleidung geklagt haben. Barthélemy führt eine Anzahl anderer Fälle an, welche die Kammer kalt erregt. Das schlimmste war die Gleichgültigkeit gegen die Todesfälle. Am 24. Februar, als ernstlich Leiden auf den Fronten lagen, wurde vom Militärarzt ein Mäntelchen gegeben, bei dem eine Neuaustrüstung mit dem Titel: „Ganz Erler leicht“, aufpassen sollte, sagt Barthélemy. (Großer Beifall.) Einige Soldaten wollten dieses jetzt nicht annehmen, weil sie nicht zu leihen müßten, während die Mütter der verstorbenen Soldaten weinten. Es wurde ihnen befohlen, den Ball mitzumachen.

Die Standbühnen wurden im Verlauf der Rede Barthélemy so sehr, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

In der Nachschicht nahm der Kriegsminister Painlevé an das Wort und stellte sich im großen und ganzen gegen die Seeresleitung, die Offiziere und Verzeigte. Das gab verheißungsvoll zu den heftigsten Tumulten Anlaß, die Painlevé zur häufigen Unterbrechung zwangen. In den Vormittagsstunden wurde endlich eine Entschliessung eingebracht, in der die Kammer von der Regierung die notwendigen Maßnahmen fordert. Painlevé begnügte sich jedoch nicht damit, sondern forderte eine ausdrückliche Vertrauensklärung, die ihm die Kammer dann auch mit überstimmendem Zustimmungsergebnis erteilte.



# Unter der Geißel des Lebens

Roman von J. Schneider-Förstl.

44. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Von unten kam Lifas Stimme. Ergründeten glättete sie das Kissen und fuhr sich über die Augen. —

„Als Hartmann das erstmalig sein Gesicht in die weichen Daunen drückte, lagte er verzweifelt: „Hier kann ich nicht bleiben! Ich bin dir zu nah! Ich muß Ruhe haben! Es geht nicht! Ich hätte nicht kommen dürfen!“

Er fand keinen Schlaf. Schon beim ersten Frühstück riß er die Läden auf. Mit einem Stöhnen griff er an die Schürze. Durch eine Ritze, die der Wind ließ, sah Erich Frauenklein herüber. Dort schielte sie sein Weib! Er schloß die Augen. Sah ein feines, blaues Gesicht mit einem Dunderlächeln auf einer Welle schwarzen Gelochs schimmern. „Ruth! Ich kann nicht bleiben! Ich will nicht! Wohin soll das führen!“

Mit zerstückelten Gliedern sah er zehn Minuten später vor dem kleinen Schreibtisch. Aber Ruth stand immer vor ihm. Die Buchstaben der englischen Grammatik waren ihm nichts als tote Wogeln. Er wollte in der nächsten Minute nicht, was er in der vorhergehenden gelernt hatte. Verzweifelt griff er sich an die Stirne.

Lia bot ihm, als er am Morgen herunterkam, das Studierzimmer ihres Mannes zur Benutzung an. Er atmete auf. Hier unten hatte er wenigstens nicht immer Frauenklein vor Augen.

Das Frühstück lehnte er dautend ab. Aber Lia schüttelte energisch den Kopf.

„Sie haben in Ihrer Annonce ausdrücklich betont, daß Sie ein ruhiger Mieter sind, Herr Baron! Sie dürfen also keinerlei Störung in unsere Sausordnung bringen,“ lagte sie lächelnd.

„So legte er sich denn schließlich resigniert an den gebohen Tisch, an welchem auch gleich darauf Kellinas Mutter er-

schien, die ihn wie einen Sohn begrüßte. Er lächelte es. Die beiden Frauen hatten es darauf abgesehen, ihn zu vernachlässigen. Alles in ihm sträubte sich dagegen. Da übte man sich zuerst fängigen Schreie. Das war ein Schrei, und man alles von sich, was ihm nicht unbedingt zum Leben notwendig war, um dann mit einem Male wieder zu vernachlässigen.

Er dachte an Ruth. Sie würde einen schweren Stand mit ihm haben. Dann lag er im Studierzimmer Kellinas. Hier unten hatte er wahrhaftig mehr Ruhe und Sammlung, konnte sich ganz auf konzentrieren. Er wußte doch von all dem Zeug noch mehr, als er geglaubt hatte. Vielleicht fand er in dem Kontor eines Sandelschuhes eine Stellung, die ihm ein einigermaßen lohnloses Auskommen bot. Er mußte auch an Ruth denken. Sie sollte nie allzu weit entbehren müssen. Vieher wollte er arbeiten wie ein Lastträger!

„Heinz!“

Er sprang auf! Horchtel! Sag sich um. Das war doch Ruths Stimme gewesen! Oder lebte er wirklich schon in der Einbildung? Träumte er am hellen Tage? Das konnte gut werden. Er war wie ein Primaner, der das erstmalig Feuer fing.

Christine, die alte Hausmagd, klopfte und bat ihn zum zweiten Frühstück in den Garten. „Man weiß erst gegen ein Uhr,“ lagte sie bößlich.

Er war verzweifelt. Zweimal frühstücken! Ein Mittagessen! Ein Nachmittagskaffee! Ein Abendessen! Frühstücken, Mittagessen, Nachmittag, Abendessen! Er würde die Frau Professor bitten, ihn zu dispensieren. Das konnte er unmöglich mitmachen!

Lia stand, eine weiße Schürze vorgebunden, in der Küche und goß Tee in die Nadelkanne. Sie hörte ihn ruhig an und nickte.

„Gut! Bleiben Sie heute weg, Herr Baron!“ Das „heute“ betonte sie.

Er atmete auf und legte sich wieder über seine Bücher. Er hörte, wie Lia nach dem Garten ging, dann knapp unter ihrem Fenster eine Stimme, die ihn aufschrecken ließ. Es war die Ruths.

„Der Herr Baron hat abgelehnt!“ lagte Frau Kelling trocken.

Er hätte sich absegnen mögen. Stühle wurden auf dem Kies gerückt. Eine Tafel hinter. Er trat ans Fenster, aber das Geranien der Neben nahm ihm den Blick gerade nach der Stelle, an welcher Ruth lag. Er konnte unmöglich weiterzudulden. Er mußte sie sehen. Einen Augenblick rang er mit sich selbst. Dann trat er in den Garten, um von Lia eine Tasse Tee zu erbiten.

„Länger als acht Tage halte ich es hier nicht aus,“ lagte er zu Ruth, als er eine Viertelstunde später mit ihr allein in der Laube lag. „Mein ganzer Wille gerinnt mit unter den Fingern. Da darfst nicht so oft kommen, Liebling! Ich werde sonst nicht fertig mit mir selbst!“

Ihre Hände lagen schmal und durchsichtig auf dem weichen Zug des runden Tischs. Ein unbeschreibliches Schmerzens nistete sich in ihr ein. Warum sprach er so hart? Wäre er lieber weit weg von ihr gelaufen?

„Ich werde nicht mehr kommen!“ lagte sie leise, und gerpflückte mit zitternden Fingern ein Nebenblatt.

Ihr Ton reiste ihn.

„Ruth! Ich bitte dich! Du sollst mich nicht mißverstehen. Wie sollte er ihn denn begreiflich machen, wie er es meinte? „Ich bin zu nahe bei dir, Ruth! Ich! — Ich werde ja ein Narr, wenn es so weitergeht!“ lagte er verzweifelt.

Ihr Kopf laut herab. Da riß er sie an sich, preßte sie in die Arme, daß sie am Erbarmen bot, so schmerzliche sein Griff. Aber er loderte ihn nicht, grub keine Rippen in die ihren. Dann ließ er sie plötzlich los und ließ seine Stirne gegen die Rante des Tisches fallen.

„Heinz! Ach, Heinz! Errege dich nicht so furchtbar. Ich gebe ja schon!“

Er sah auf. Wirt. Verhör.

„Ja? — Geht du? — Und ich? Eine Angel wäre das beste für einen Keil, wie ich bin!“

(Fortsetzung folgt.)



## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am  
**16. Mai 1929, 10 Uhr**

an der Gerichtsstelle versteigert werden die im Grundbuche von Rotta Bd. I Art. 42 und Bd. III Art. 133 (eingetragener Eigentümer am 2. Februar 1929, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: der Kaufmann **Walter Bruno Wette** in Leipzig-Leutzsch, Gaußstraße 29 eingetragenen Grundstücke

- a) Gemarkung Rotta, Häuslergut Nr. 35 Grundsteuerunterrolle Art. 181, Gebäudesteuerrolle Nr. 24a, b, Nutzungswert 75,— M.  
b) Gemarkung Rotta, Ahtl. 1. Parz. <sup>484</sup>/<sub>262</sub> von Plan Nr. 61, Wiese 81,20 ar, 4,13 Taler Reinertrag Ahtl. 1 Parz. <sup>485</sup>/<sub>263</sub> von Plan Nr. 61, Acker, 2,24,17 ha, 4,30 Tlr. Reinertrag Ahtl. 1 Parz. <sup>486</sup>/<sub>265</sub> von Plan Nr. 61, Holzung 24,46 ar, 0,06 Tlr. Reinertrag, Grundsteuerunterrolle Art. 135 Remberg, den 13. März 1929.

Das Amtsgericht.

## Nagelholz-Verkauf.

der **Oberförsterei Tornau** am **Donnerstag, den 11. April 1929** von **10 Uhr** ab im **Heidekrug** in **Tornau-Lutherstein**, Jg. 130e Schlag. Fi: 1 Std. 2 = 0,38 fm; Kie: Langh. und Abfchn. 822 Std. 2a-6 = 997 fm, Langgrubenholz 39 Std. = 18 fm  
**Tornau-Nord**, Jg. 104a Schlag. Kie: Langh. u. Abfchn. 488 Std. 2a-3b = 432 fm, Langgrubenholz 141 Std. = 49 fm  
**Grenzhaus I**, Jg. 95a2 Schlag. Bur: 28 Std. M. 1-4 = 7,44 fm, Kie: Langh. u. Abfchn. 261 Std. 1-6 = 408 fm  
Verkäuflich vorbehaltlich. Aufmaßlisten bei Bestellung bis 27. März; Versand derselben am 2. April

Mittwoch, abend 8 Uhr in Remberg

## Motorrad-Kursus

im Hotel Palmbaum

Private Kraftfahrerschule **Richard Peterson**  
Bad Schmiedeberg.

## Zum Palmsonntag

empfehle ich prima junges, fettes

## Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

Kasseler Rippensteak

— la Fleischsalat —

Kaiserjagdwurst — Mortadella — alle Sorten Wurst  
bzw. Aufschnitt  
Wiener Würstchen, Bochwurst und Breslauer

**Willy Rätz**



## Haben Sie einen Bruch?

Kommen Sie zu mir in Behandlung, ich fertige Ihnen  
**ein Bruchband**

an, welches den Bruch nie mehr hervortreten läßt. Dieser  
verkleinert sich schnell und vertieft sich in den meisten Fällen.

Für Frauen

**alle Arten Leibbinden, Vorfallobinden**

nach neuesten Erfahrungen, welche das Leiden schnell  
beheben.

**J. L. Schade, Bandagist**

Kemberg, Töpferstraße 1!

## Küchentauchen Schrantpapier

empfehle **Richard Arnold**

## Triumph-Motorräder

500 ccm, fabriktreu, Ausnahmepreis  
1090.— sofort lieferbar.

**Auto-Heinze, Wittenberg**

Fernruf 2040

4) **Fachschule aller Klassen**

**ff. Pflaumenmus**,  
garantiert rein mit Zucker, 10 Pfd.  
Eimer 3,75 M., 25 Pfd. Eimer  
8,50 M. ab Düben Nachnahme.  
Viele Nachbestellungen.

**M. Richter, Düben** (Wu) de 3

## Triumph-Motorrad

wenig gefahren, günstig zu verkaufen

**Auto-Heinze, Wittenberg**

Berliner Straße 22.

## Zur Konfirmation

finden Sie reizende Geschenke, wie  
Sandtaschen, Brief- u. Altkarten  
und andere Gegenstände billig und gut bei

**Richard Arnold, Leipziger Straße**

## Zum Ostersfest

empfehle

## Oster-Hasen Ostereier

in größter Auswahl

## Ostertüten-Füllung

**Ernst Wend**

Bäckerei Konditorei

Prima junges fettes

## Rindfleisch

sowie

frische Flecke

empfehle **R. Krausemann**

Bestellungen auf

**garnierte Platten**

zum Palmsonntag

nehme schon jetzt entgegen

## Willy Rätz

Morgen Dienstag

von früh 7,8 Uhr an

## frisch. Speckfuchen

**Ernst Wend**

Bäckerei Konditorei

Zur Konfirmation

empfehle ich

blühende

## Topfpflanzen

in schönster Auswahl

**Hermann Leue,**

Gärtner

Schultaschen

Schulranzen

Schultournister

Brottäschchen

Markbeutel

Hosenträger

Reisekoffer

verschiedene Größen

**Tapeten**

zu billigen Preisen

fertige **Chaiselongues**

empfehle

**W. Schade, Sattlermeister**

## Achtung!

Sin unter

## Nr. 341

an das Fernsprechnetz

Kemberg angeschlossen.

**Friedrich Semmer**

Dachdeckermeister, Lammsdorf.

## 30 Zlr. Rüben

zu verkaufen

**Schulpig, Rackith**

## 6 Arbeiter

zum Holzschlagen

werden in Albrechtshöhe eingestellt.

Zu melden bei **Walzwärter Konrad**

Dahelbst werden

**Reinigtafeln u. Meterholz**

billig abgegeben.

## Evangelischer Bund

Ortsgruppe Remberg.

## Öffentlicher Abend

am **Dienstag, den 19. März**, abends 8 Uhr im Bürgeraal.

Vortrag des Superintendenten **Melhorn-Salle**: Von den drei Wider-

ständen gegen den Evangelischen Bund, außerdem

Ansprachen: **Probst Vertram**, Pfarrer **Almus**,

mehrfachmündige Gesänge seitens des Frauenchores, Deklamationen.

Zu zahlreichem Besuch laden herzlich ein

**Kolbe**, Vorsitzender.

**Almus**, Pfarrer, Synodalvertreter.

## Zum Palmsonntag

empfehle prima

## Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch

garnierte Schüsseln, Fleischsalat

Kasseler Rippensteak

Kaiserjagdwurst, Mortadella, Bochwurst

Wiener Würstchen, Breslauer

**Richard Krausemann**

## Frostfreie

## Feuerlöscher

für Garage und Automobile

(Fabrikat „Total“)

empfehle

## Auto-Kühn

Reparaturwerkstatt

für Automobile und Motorräder

## Mehrere Arbeiter

werden eingestellt

**Cementwarenfabrik Remberg**

G. m. b. H.

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke zur

Konfirmation unseres Sohnes

**Paul** sagen wir allen unseren

herzlichsten Dank.

**Herm Albrecht u. Frau**

Gommlo.

## Arbeitsburschen

sucht

**S. Guthel**, Maschinenbau

M.-T.-V.

Mittwoch, den 20. März,

abends 8 Uhr beim Turn-

bruder **Dümicke** (Kasseler)

## Turnratsitzung

anschließend 7,9 Uhr

## Monats-Versammlung

Zahlreiches und pünktliches Er-

scheinen erwartet der Vorstand

## Bruchleidende

Jetzt wird Ihnen geholfen unter Garantie in den schwersten Fällen durch das

## Opel-Bruchband ohne Feder

Gummistrümpfe für Krampfadern, Nabel-, Vorfallob- und

Leibbinden jeder Art

seit kurzer Zeit über 30.000 mit bestem Erfolg in Gebrauch.

Herr **Schneidermeister L. in Dommitzsch (Eld)** schreibt: Endlich das richtige

Bruchband für meinen schweren Hohenbruch.

Kommen Sie bitte zu mir, ich zeige Ihnen meine Muster umsonst ohne

jede Verbindlichkeit für Sie in **Kemberg, Mittwoch**, den 20. März,

morgens von 8-11 Uhr Hotel Palmbaum.

**Willy Faß, Bandagenspezialist, Görlitz**

Clifafabrikstraße 3

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen

## Eduard Irmer

drängt es uns, zu danken Allen, die seinen Sarg so reich  
mit Blumen schmückten, allen Kameraden vom Krieger-  
und Radfahrer-Verein sowie Allen von Nah und Fern,  
die ihm das letzte Geleit zur Ruhe gaben. Dank Herrn  
Pfarrer Schulze für die Trostsworte am Sarge und Herrn  
Hauptlehrer Köchy nebst Schulkindern für den schönen  
Gesang.

Rotta, den 18. März 1929.

**Die trauernden Hinterbliebenen**

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik u.ä. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., die 30spaltige Kleinzeile 10 Pf., Ausnahmestücke 50 Pf. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Lauben, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 34

Dienstag, den 19. März 1929

31. Jahrg.

## Kaupenvertilgung.

Die Bessiger und Karpfesser von Obstbäumen, Obstgärten usw. haben Bäume und Buschwerk **sofort von Raupenestern und Blattläusen gründlich zu reinigen.**

Das gesammelte Laubgitter und dessen Beutefäden sind durch Verbrennung zu zerstören. Unterlassung der Reinigung wird bestraft und auf Kosten der Sämlinge von hier veranlaßt.

Kemberg, den 15. März 1929.

34) Die Polizeiverwaltung.

## Neues in Kürze.

Der Reichstag tritt am Montag wieder zusammen, am



Die Reichstagsversammlung tritt am Montag wieder zusammen, am 19. März 1929. Der Reichstag tritt am Montag wieder zusammen, am 19. März 1929. Der Reichstag tritt am Montag wieder zusammen, am 19. März 1929.

Abgeordneter Dr. Reichsolt (Dem.)

stimmt dem Minister darin zu, daß zu einer Konfirmation kein Anlaß vorliegt. Die gewaltige Arbeitslosigkeit dieser Tage sei der stärkste Beweis dafür, daß sich die Erwartung der Damesadlerpflichtigen leider nicht erfüllt hätten. Die Hauptbewertigung liegt im Kapitalmangel. Der deutsche Unternehmer muß 646 000 Mark für Steuern und soziale Abgaben aufbringen, während unter gleichen Verhältnissen ein Schweizer Unternehmer nur 125 000 Mark dafür aufbringen muß. Wir fordern vor einer Reihe von Notjahren und müssen uns dazu einrichten. Der Redner wies dann die Angriffe des Abgeordneten Dr. Oberloben zurück. Er betonte, daß seine Partei mit dem

Finanzminister gewillt sei, einen wirklich ausbalancierten Etat zu schaffen. Das werde aber nicht nach dem Muster einer hohen verteilten ökonomischen Brotschicht gehen, in der es heiße: „Die Ministerium müssen sich auf die Selbstverwaltung der Stämme stützen.“ Durch diese Vereinfachung werden Milliarden gespart. (Große Heiterkeit) Sparmaßnahmen führen zu einer Verengung der Konjunktur. Die Deutsche Volkspartei hat daher der Sparmaßnahme einen solchen Dienst geleistet, indem sie sich der Mitarbeit an dieser Frage entzogen hat. Nach den Vorschlägen meiner Partei würden sich 120 bis 150 Millionen an dem Etat abheben lassen. Wir wollen einen eigentlichen Etat im Interesse der Steuerzahler führen. Der Finanzminister findet ein Parlament vor, das wirklich sparen will. Der Redner forderte den Minister auf, diese seltene Gelegenheit zu benutzen, um damit die Steuererlässe überflüssig zu machen.

Abgeordneter Dewitz (Weißh.)

erklärte, es sei jetzt zu spät für die Sparmaßnahmen der Deutschen Volkspartei. Man hätte damit anfangen sollen, als noch etwas zu sparen da war. Für einen Defizitetat sei die Wirtschaftspartei nicht zu haben. Die Deckungsanlagen der Rentenversicherung der Arbeiter ab. Wenn man keine gerade Steuerpolitik treiben könne, solle man den Reichstag auflösen und das Volk befragen.

Abgeordneter Dr. Pfleger (Kapr. V.P.)

wies darauf hin, daß der Etat zusammenzufassen mit einer Wirtschaftslage, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. Wenn schon in dieser Notzeit neue Steuern vorübergehend bewilligt werden müßten, so dürfe doch der Grundgedanke der steuerlichen Gerechtigkeit nicht verletzt werden. Volkswirtschaft unannehmbar sei eine Erhöhung der Steuern. Der Redner forderte die Regierung auf, vor der Ausschussberatung eine Verständigung mit den Parteien zu suchen.

Die zweite Rednergruppe

eröffnete Abgeordneter Schöningh (Dnt.). Die Regierung habe das S.D.S.-Zeichen aufgegeben. Sie liege vor dem Hofen wie ein Panzerkreuzer mit schwerer Schlagseite, dessen Kapitän hilflos auf der Brücke steht, während die Seeleute unter beiderseitiger Führung von Dittmann und Vogel manövrieren und die Passagiere fluchtartig das sinkende Schiff verlassen. (Wärmere Zwischenrufe und Anrufe bei den Sozialdemokraten). Schöningh-Schöningh wies ferner auf die nationalpolitische Gefahr im Osten hin, wo sich die Bevölkerung verrotten und verkauft vorfinde. Die Regierung müsse die nationalpolitische Gefahr im Osten hin, wo sich die Bevölkerung verrotten und verkauft vorfinde. Die Regierung müsse die nationalpolitische Gefahr im Osten hin, wo sich die Bevölkerung verrotten und verkauft vorfinde.

Reichsanwalt Müller

ergriff sofort zur Erörterung das Wort und erklärte, das Parlament, das sein Vorreden angegriffen habe, sei im Jahre 1918 von den Hohenzollern geblendet worden, weil man eingesehen habe, daß das bisherige System abgewirtschaftet habe. Er glaube nicht, daß man den englischen Vorkriegsstand wiederherstellen könne. Er werde für die Interessen seines Vaterlandes eintreten, wenn es im Recht sei, habe aber auch den Mut, anders zu handeln, wenn er sich richtig fände. Der Dank des ostpreussischen Provinziallandtages beweiße, daß die heutige Regierung mehr für Ostpreußen getan habe als je eine vorhergehende Regierung.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Dienstag, den 19. März, zu einer Sitzung einberufen worden, auf deren Tagesordnung das Gesetzentwurf wegen Verbot des Gartrages und eine Ausprägung über die Verhandlungen der letzten Ratssitzungen des Völkerbundes steht.

## Das Reich wendet sich an die Großbanken.

Gewährung von Kontokorrentkrediten zur Auffüllung der Reichskassen.

des Berlin, 16. März.

Von beteiligter Seite wird berichtet, daß seitens des Reiches mit verschiedenen Berliner Großbanken ein Abkommen getroffen wurde, daß die Gewährung von Kontokorrentkrediten an das Reich vorliefe.

Die Transaktion steht im Zusammenhang mit den bekannten Kassenverwirrungen des Reiches, die zu außerordentlichen, wenn auch vorübergehenden finanziellen Maßnahmen zwingen. Bei dem vereinbarten Kreditbetrag handelt es sich angeblich um die Summe von 150 Millionen Mark. Das Geschäft ist entsprechend seiner Natur kurzfristig, die Rückzahlung dürfte bereits in mehreren Wochen erfolgen. In der ersten Hälfte des Monats April liegen bekanntlich wichtige Termine für Steuerzahlungen, die die Kassen des Reiches ausrichten werden. Bis dahin soll der vorliegende Kontokorrentkredit der Großbanken dazu beitragen, die akuten Kassenverwirrungen des Reiches zu beheben. Das Kontingent an Reichsgeldgewinnem ist, wie man weiß, bereits voll in Anspruch genommen.

## Reparationsbank kommt! Einigung über die Hauptpunkte.

Paris, 16. März.

Die Vollziehung der Sachverständigenkonferenz, die am drei Uhr zusammengetreten war, dauerte bis gegen sechs Uhr. Die nächste Vollziehung ist auf den kommenden Montag, drei Uhr nachmittags, festgesetzt. Zusammenfassend festgesetzt, daß, abgesehen von einigen unwichtigen Nebenfragen, der Mechanismus der zukünftigen Reparationszahlungen im wesentlichen seine Lösung gefunden hat oder aller Voraussicht nach am Montag finden wird. Die wichtigste Aufgabe der Sachverständigen, die Festlegung der deutschen Jahresraten und der Zahlungsdauer, wurde dagegen immer noch nicht beendet. Die privaten Verhandlungen dauern an. Sie werden zwischen den Führern der Verhandlungen ohne Einmischung der übrigen Sachverständigen fortgesetzt.

## Soll Deutschland ausgeplündert werden? Was französische Blätter über die Reparationsänderung zu berichten wissen.

Paris, 18. März.

Am Montag tritt die Sachverständigen-Konferenz wieder zusammen, um sich weiter mit der geplanten Reparationsbank zu beschäftigen. Auf der letzten Sitzung wurde, wie verlautet, bereits in großen Zügen eine Einigung festgesetzt, und man hofft, auf der morgigen Sitzung eine endgültige Klärung herbeiführen zu können.

Die Besprechungen über die Höhe der deutschen Gesamtschuld und über die Zahlungsbedingungen werden immer noch nicht offiziell, sondern in halb privaten Zusammenkünften fortgeführt. Offiziell ist über diese Unterhaltungen noch nichts bekannt geworden, doch glauben die französischen Blätter mitteilen zu können, in welcher Richtung sich die geplante Einigung bewegt. Es wird ziemlich übereinstimmend festgestellt, daß der Teil der deutschen Zahlungen, der ohne Zinsseszinsen überweisen werden soll, dazu dienen wird, die Wiederherstellung der französischen Armee zu finanzieren. Die Amortisierung dieser privatisierten Schuld solle sich auf 37 Jahre (die Dauer der Damesverpflichtungen) erstrecken und mit den Zinsen etwa eine Jahresabzahlung von 1,5 Milliarden Goldmark ausmachen. Auf diese Weise würde eine Art Priorität für die eigentlichen Kriegsschuldengattungen geschaffen. Der größte Teil der deutschen Zahlungen werde dagegen für die Bezahlung der interalliierten Schulden dienen. Dieser Teil soll jährlich zunächst 960 Millionen und in späteren Jahren bis zu 1700 Millionen betragen, wobei die gesamten Einnahmen erst im Jahre 1936 völlig getilgt sein sollen.

Obwohl nicht zu verkennen ist, daß die französischen Meldungen offiziell inspiriert sind, kann man doch feststellen, daß von deutscher Seite niemals auf einen solchen phantastischen Plan eingegangen wird. Eine solche Lösung bedeutete in eine so schwere Belastung, daß sie unmöglich getragen werden könnte.

Dr. Schacht wird am Freitag zur Teilnahme an einer Ausschusssitzung der Reparationsbank nach Berlin fahren, aber bereits am Montag nach Paris zurückkehren. Die Konferenz wird voraussichtlich ihre Arbeiten bis zur Mitte der Osterwoche fortsetzen und dann über die Feiertage eine kurze Vertagung eintreten lassen.

## Zusammentritt des Preussischen Landtages.

Abschlüssen zum Fiskusgesetz.

des Berlin, 18. März.

Der Preussische Landtag tritt heute, nach zwölfstündiger Pause, zu einem bis zum 23. März berechneten Tagungsabschnitt zusammen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Haushalts der Provinz für das laufende Jahr und der Provinzialhaushalts für das laufende Jahr. Außerdem soll der Rest der zweiten Beratung des Fiskusgesetzes ohne die Abstimmungen erledigt werden, die für Dienstag in Aussicht genommen sind.

Das Hausinspektorengesetz verlängert.

Der Hauptausfluß des Preussischen Landtages beendete am Sonnabend die Beratung des Gelehrtenwesens über die Verlängerung der Geltungsdauer des Hausinspektorengesetzes.

Beschlossen wurde, daß bei der Teilung großer Wohnungen die Hausinspektoren insoweit niederschlagen ist, wenn die Miete der durch die Teilung geschaffenen Wohnungen geringer als die Miete der früheren Wohnung ist.

Der Hauptausfluß schloß am Freitag den Gelehrtenwurz zur Verlängerung der Grunderwerbsteuer mit 14 gegen 14 Stimmen ab. Es ist aber anzunehmen, daß bei der zweiten Lesung noch eine Lösung gefunden wird.